

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931

132 (5.11.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887659](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887659)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unerschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einspaltige Kopfszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließjahr 17

Nr. 90

Nr. 132

Elsfleth, Donnerstag, den 5. November

1931

Chronik des Tages.

— Reichshaupter von Joseph hatte in Paris längere Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Laval. Der Ministerpräsident beschloß die Wiedereröffnung des französischen Parlaments am 12. November.

— In der Reichskanzlei konstituierte sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die deutsche Abteilung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission.

— Das preussische Verbot politischer Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel ist in Kraft getreten. — Am Klarebrocksee erlitt der frühere kommunistische Stadtrat Gabel einen Herzensanfall.

— Die bereits mehrfach verhafteten Gebrüder Saß in Berlin und erneut festgenommen worden. Diesmal stehen sie unter dem Verdacht der Vorbereitung eines Minderberens.

— Aus der Pfalz wird übermals die Notlandung eines französischen Fliegeroffiziers gemeldet. Der Pilot wurde verhaftet.

Rückkehr zum Youngplan?

Lavals Programm: dauerndes Abkommen auf der Grundlage der bestehenden Verträge.

Mit Spannung sieht man jetzt, nachdem der französische Ministerpräsident Laval dem Kabinett über seine Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten Bericht erstattet hat, der Auswirkung dieser Reise entgegen. Die Hoffnung allerdings, daß diese Auswirkungen in einer wirklichen Erhellung der Tribut- und der Schuldfrage bestehen wird, ist kaum noch vorhanden. Immer deutlicher zeigt sich, daß Frankreich, wie der „Temps“ sich ausdrückt, das Problem der Zahlungsfähigkeit Deutschlands nur im Rahmen des Youngplans „lösen“ will, und zwar ohne neue Hoover-Fristen.

Ueber die Möglichkeit einer Gläubigerkonferenz in Biarritz liegen einander widersprechende Meldungen vor. So will man in Paris von der Einberufung einer solchen Konferenz nach Biarritz nichts wissen. Washington dagegen hat man eine solche Konferenz aller wichtigeren, an der internationalen Schuldfrage interessierten Regierungen durchaus für wahrscheinlich. Zunächst jedoch das Ergebnis der neuen deutsch-französischen Verhandlungen abgewartet werden.

Ueber die weitere Entwicklung der Dinge äußert sich die „Londoner Times“ in einem Leitartikel, in dem das Blatt ausführt:

„Es ist klar, daß Laval den kühnen Versuch machen wird, das Problem der deutsch-französischen Beziehungen zu lösen. Nach seinem Besuch in Washington weiß er, daß er freie Hand hat. Laval ist im Begriff, den Versuch zu machen, ein dauerndes Abkommen mit Deutschland auf der Grundlage der bestehenden Verträge von Versailles und dem Haag zu erreichen. Ueberdies wird er, wie er angeknüpft hat, der jetzigen Wirtschaftskrise angemessene Berücksichtigung zuteil werden lassen. Er weiß, daß Deutschland im nächsten Jahre bestimmt nicht in der Lage sein wird, die suspendierten Reparationszahlungen in ihrer Gesamtheit wieder aufzunehmen. Doch selbst, wenn Deutschland dazu fähig wäre, würde dies die Lage des Geldmarktes noch mehr in Unordnung bringen.“

Aber hier muß man die Auslassung der „Times“ beachtet unterbrechen. Wie kann von einem kühnen Versuch gesprochen werden, wenn es sich um ein Abkommen auf der Grundlage der bestehenden Zwangsverträge handelt? Sind es nicht gerade die Verträge von Versailles und dem Haag — die eben gar keine Verträge, sondern brutale Diktate sind — die einem dauerhaften Abkommen entgegenstehen? Und daher wird es einen deutsch-französischen Ausgleich und damit ein Wiederaufleben der europäischen Staats- und Wirtschaftswelt erst dann geben, wenn die Staatsmänner den Weg freimachen, für die Ueberwindung der alten Verträge!

Wenn daran zunächst nicht gedacht wird, dann sind auch der Auswirkung der deutsch-französischen Verhandlungen enge Grenzen gezogen. Daß Deutschland nach dem 1. Juli 1932 Zahlungen in alter Höhe nicht wieder leisten können, ist inzwischen auch in Frankreich kein Geheimnis mehr. Wie man hört, denken die Franzosen daran, einen neuen Zahlungsplan im Rahmen der ungeschliffenen Annuitäten, deren Höchstgrenze 660 Millionen Mark beträgt, zu halten und den Tribut vornehmlich in Gestalt von Sachlieferungen entgegenzunehmen.

Das ist eine Erleichterung gegenüber den alten Youngplan, ein höchst bedenkl. Plan aber insofern, als wir hier mit einem letzten Experiment zu tun haben würden, nicht etwa doch noch durch eine bloße Verringerung der Beiträge die unvermeidliche Streckung der politischen Schulden und Tribute hinausgeschoben werden kann. Sollte es zutreffen, daß Frankreich noch darauf hofft, für dieses „entgegenkommen“ Zugewandnisse Deutschlands zu erlangen, dann wäre die Welt um ein neues Beispiel für die Verarmung und Verhinderung der europäischen Krankheit durch Frankreich reicher. Für Deutschland wäre ein solcher Kompromiß jedenfalls untragbar!

Offenbar verkennt man das auch in England nicht. So schreibt z. B. „Financial News“:

„Abgesehen davon, daß, wie frühere Erfahrungen lehren, der unter solchen Bedingungen gemähte Bestand Frankreichs nur vorübergehend und unzureichend ist, gibt es tatsächlich überhaupt keine Zugewandnisse mehr, die Dr. Brüning noch machen könnte. Bisher rechtfertigt nichts die Annahme, daß die französische Regierung das deutsche Problem in seiner Gesamtheit in einigermaßen großzügiger Weise zu behandeln gedenkt, und doch ist dies der einzig mögliche Weg. Nur uneingeschränkter Bestand Frankreichs nicht in der einen oder anderen Einzelheit, sondern im Hinblick auf die Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftssystems in seiner Gesamtheit kann das Vertrauen wiederherstellen. Ohne Vertrauen wird es keine Erholung geben.“

Man sieht also, daß die Neuordnung der Tribut- und Kriegsschuldenfrage uns noch harte Kämpfe bringen wird, wenn sie zu einer Lösung dieser Probleme führen soll.

Hoersch bei Laval.

Unter Hinzuziehung Briands. — Bericht im Ministerrat. — Am 12. November Parlamentsbeginn.

— Paris, 4. November.

Die Mitglieder des französischen Kabinetts nahmen einen Bericht des Ministerpräsidenten Laval über seine Besprechungen mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover entgegen. Die amtliche Mitteilung über diese Sitzung ist kurz und gibt über die weitere Entwicklung der Dinge keinen Aufschluß.

Nach dem Communiqué berichtet Laval über die Mission, die er in Amerika durchgeführt hat, worauf der Justizminister den Ministerpräsidenten im Namen des Kabinetts dazu beglückwünschte, daß er seine Mission in einer unter den gegenwärtigen Umständen besonders nützlichen Weise durchgeführt und die freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich befestigt hat. Finanzminister Flandin unterbreitete dem Ministerrat den endgültigen Text des Gegenentwurfes für die Durchführung des neuen Abschnittes des Wirtschaftsprogramms. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde beschlossen, den Zeitpunkt des Zusammentritts des Parlaments auf den 12. November festzusetzen.

Nach dem Ministerat hatte Ministerpräsident Laval eine Unterredung mit dem von Berlin zurückgekehrten deutschen Vorkämpfer von Hoersch. Kurze Zeit später wollte Vorkämpfer von Hoersch nochmals beim französischen Ministerpräsidenten, und zwar war zu dieser Aussprache auch der Minister des Auswärtigen, Briand, eingeladen worden.

Beachtenswert ist, daß von der Umgebung Lavals auch heute wieder betont wird, es treffe nicht zu, daß die Einberufung einer internationalen Konferenz nach Biarritz beschlossene Sache sei. Die Konferenzpläne seien vielmehr völlig abhängig von den Fortschritten der neuen deutsch-französischen Fühlungnahme. „Matin“ befindet hierbei eine Verhinderung darüber, daß Deutschland noch keinen endgültigen Plan für die Neuordnung der Reparationen und die Tilgung der kurzfristigen Kredite vorgelegt hat.

Vorbereitung für die Wirtschaftskommission

Konstituierung der deutschen Abteilung in der Reichskanzlei.

In der Reichskanzlei konstituierte sich unter Vorsitz des Reichskanzlers die deutsche Abteilung der deutsch-französischen gemischten Wirtschaftskommission. Im Hinblick darauf, daß in etwa zehn Tagen die Gesamtkommission in Paris zusammenzutreten soll, hielten Regierungsvertreter und Sachverständige eine Aussprache über die Aufgaben der deutschen Delegation ab. Dr. Brüning eröffnete die Beratungen mit einer kurzen Rede.

Wie verlautet, sollen folgende vier Ausschüsse eingesetzt werden: für Handelspolitik und den Ausbau der Handelsverträge; für Verkehr; für Wirtschaftsverflechtung (Kartellwesen); für die Beziehungen zu dritten Staaten.

Versammlungsverbot in Kraft.

Runderlaß des preussischen Innenministers über die Handhabung des Verbots.

— Berlin, 4. November.

Das vom preussischen Innenminister erlassene Verbot aller Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel ist bereits in Kraft getreten. Die Verordnung bestimmt auf Grund des Artikels 123, Absatz 2, der Reichsverfassung, daß Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Preußen bis auf weiteres verboten werden. Dieses Verbot bezieht sich jedoch nicht auf gewöhnliche Leichenbegängnisse, auf die hergebrachten Züge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten sowie auf die hergebrachten Leichenparaden der privilegierten Kriegervereine.

Für völlig unpolitische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel können auf mindestens drei Tage vorher gestellte Anträge von den Regierungspräsidenten — in Berlin vom Polizeipräsidenten — Ausnahmen zugelassen werden. Zustim�berhandlungen gegen das Verbot werden auf Grund der Notverordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März und 6. Oktober d. J. bestraft.

In einem Runderlaß des preussischen Innenministers zu dieser Verordnung werden die Polizeibehörden ersucht, für die nachdrückliche Durchführung des Verbots und Befreiung von Zustim�berhandlungen Sorge zu tragen. Soweit Ausnahmen zugelassen sind, sollen die Landespolizeibehörden von dieser Ermächtigung nur nach genauer Prüfung der Umstände des einzelnen Falles und nur insofern davon Gebrauch machen, als auch der Charakter der Veranstaltung eine sichere Gewähr für einen ruhigen Verlauf bietet.

Neuordnung der Osthilfe.

Schlange-Schönungen wird Reichskommissar. — Mit erweiterten Vollmachten.

— Berlin, 4. November.

Als Ergebnis der letzten Besprechung über die Osthilfe wird in den nächsten Tagen eine Verordnung erscheinen, durch die das Durchführungsverfahren geändert wird. Das wesentliche dabei ist, daß dem Ostminister größere politische Vollmachten erteilt werden, und zwar in der Form, daß er ein Anweisungsbefehl bekommt, so daß er in Zukunft ebenso unter selbständiger Verantwortung handeln kann, wie der Siedlungsminister.

Im Anschluß an diese grundsätzliche Neuordnung dürfte auch die persönliche Frage geregelt werden, die bekanntlich schon seit einigen Wochen in der Schwebe ist. Es ist nunmehr sicher damit zu rechnen, daß der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schönungen zum Reichskommissar für die Osthilfe ernannt werden wird. Er tritt damit gleichzeitig als Minister ohne Amtsbereich in das Reichskabinett ein.

Gefandner von Mollke in Berlin.

Der deutsche Gefandner in Warschau, von Mollke, befindet sich zur Zeit in Berlin, um mit der Reichsregierung die Möglichkeit und die Ausichten etwaiger neuer deutsch-polnischer Verhandlungen zu erörtern.

Gebrüder Saß erneut verhaftet.

Unter dem Verdacht der Banknotenfälschung. — Hausdurchsuchung in der Wohnung.

— Berlin, 4. November.

Unter dem dringenden Verdacht des Münzverbrechens sind die Gebrüder Erich und Franz Saß festgenommen worden. Bei einem Kleinfahrbanknoten in Wilmersdorf fanden zwei zunächst unbekannte Männer ein Kleinfahrbanknoten gegeben. Die Bestellung erregte Verdacht. Bei der Festnahme der Besteller erkannte man in ihnen die Gebrüder Saß. Bei einer Durchsuchung ihrer Wohnung in der Birkenstraße wurden Kupfen, Pinzetten, chemisch-photographische Artikel und anderes mehr gefunden. Das bestellte Kleinfahrbanknoten zeigt ein Wasserzeichen und stellt die rechte Ecke eines Zehnmarkstückes dar. Der Fund läßt darauf schließen, daß Vorbereitungen für die Herstellung von Banknoten getroffen waren.

Daß die Brüder falsche Scheine bereits hergestellt haben, wird nicht angenommen. Fertigestellt ist dagegen ein Kontrollstempel für die Scheine. Außerdem sind ein Anwalts- und ein Notariatsstempel entdeckt worden.

Die Brüder Saß haben schon in früheren Jahren viel von sich reden gemacht. Ihre Namen wurden in Zusammenhang gebracht mit dem großen Bankbruch vom 30. Januar 1929 am Wittenbergplatz. Knapp ein Jahr später, am 10. Januar 1930, wurden die Brüder von Kriminalbeamten auf dem Friedhof in der Cauerstraße in Charlottenburg gefangen, wo sie eine Art Unterstand gebaut hatten. Wieder einige Zeit darauf wurden sie festgenommen nach einem verlustreichen Einbruch in ein Zigarrengeschäft in der Flemingstraße.

Franzosen-Flugzeug landet in der Pfalz

Der Pilot, ein Fliegeroffizier, verhaftet.

— Landau, 4. November.

Ein französisches Flugzeug überflog mehrere Ortschaften der Südpfalz. Gendarmen nahen mit Kraftfahrzeugen sofort die Verfolgung auf. Das Flugzeug landete schließlich auf dem Eberberg bei Landau. Es handelt sich um ein französisches Militärflugzeug, „Mouton-Delage Nr. R. 522“. Der Inasse, ein französischer Fliegerleutnant, wurde vorläufig festgenommen und nach der Gendarmestation Landau gebracht, wo Beamte der Flugabwehrung erwartet werden. Der Flieger gab an, er sei in Straßburg zu einem Fluge nach Weiszenburg aufgestiegen und habe sich verfliegen. Das Flugzeug wurde sichergestellt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 4. November 1931.

Als Nachfolger des zum Reichskommissar für das Bankgewerbe ernannten Ministerialdirektors Dr. Gerni wurde Ministerialrat Dr. Schäfers zum Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt.

Die Reichsarbeiter gegen den Schiedspruch. Dem Reichsarbeitsministerium ist die Erklärung von der Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften zugegangen, daß sie den kürzlich gefällten Schiedspruch, der eine Herabsetzung der Stundenlöhne um 2 bis 6 Pfennig vorsieht, ablehnen.

Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtags beantragt. Die kommunizistische Landtagsfraktion hat dem sächsischen Ministerium des Innern einen Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zwecks Auflösung des sächsischen Landtages eingereicht.

Rundschau im Auslande.

Die litauische Regierung hat das von dem früheren Diktator Wolodemas eingerichtet Konzentrationslager für politische Gefangene in Wormy aufgehoben und die letzten 50 politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt.

Der gleiche Dampfer, der den französischen Ministerpräsidenten Cabot in die Heimat brachte, führte auch eine neue amerikanische Goldsendung im Werte von etwa 85 Millionen Mark nach Frankreich.

Der ungarische Reichswesener verzichtete angesichts der schwierigen Finanzlage auf 15 Prozent seines Ehrengehaltes. Für Ungarn bedeutet das eine Ersparnis von 18 000 Pengö.

Ministerpräsident Macdonald hatte Besprechungen mit einer Reihe von Wirtschaftlichen und Finanzfachverständlichen, darunter mit Mac Millan, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Unterbindung der Finanzen und Banklage, und Mac Kenna, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Midland-Bank.

Der Frat tritt dem Kellogg-Pakt bei.

König Kestral vom Frat hat einer aus Bagdad eingetroffenen Meldung zufolge den Beitritt des Frat zum Kellogg-Pakt bestätigt.

Die Reichsbank am Ultimo.

Notendeckungsgrenze: 26,9 Prozent.

In der Ultimowoche Oktober hat sich die Kapitalsanlage der Reichsbank nach dem letzten Wochenanweis um 448,7 Millionen auf 4351,9 Millionen Mark erhöht. An Reichsbanknoten und Rentenanleihe sind 333,8 Millionen Mark in den Verkehr abgeflossen. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 12,2 Millionen auf 1275,3 Millionen Mark vermindert. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 26,9 Prozent gegen 29,4 Prozent in der Vorwoche.

Staat und Ostbank.

Geheimrat Hugenberg vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags.

— Berlin, 4. November.

Vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages, der die Geschäfte der Preussische nachprüft, äußerte sich Geheimrat Hugenberg über die Geschäfte der Ostbank und der Ostbank. Bei der ganzen Entwicklung müßte man feststellen, so führte Geheimrat Hugenberg aus, daß es heute infolge der Wirtschaftskrise, die vom Staate ausgeht, sich in unserem ganzen Wirtschaftsleben zeige, nicht mehr viel Unternehmungen gebe, die nicht vom Konkurs bedroht seien.

Was nun die Fälle Ostbank und Ostbank betrifft, so scheinen sie mir, fuhr Dr. Hugenberg fort, das typische Beispiel dafür zu sein, wie gerade durch die Entwürfe des Staates, des preussischen Staates, an sich gesunde Unternehmungen in die Konkursbedrohung hineingetrieben wurden, und wie der Staat, der an dieser Entwicklung schuld war, genötigt war, das von ihm selbst angetriebene Unheil wieder gutzumachen und seinerseits zur Rettung dieser Unternehmungen zu schreiten.

Eingehend schilderte Geheimrat Hugenberg dann seine persönlichen Beziehungen zu der inneren Kolonisation und zu den Instituten. Die Ostbank sei tatsächlich ein nach Osten ausgerichteter Arm der Seehandlung gewesen. Die praktische Leitung der Ostbank habe die Seehandlung in Händen gehabt. Aus politischen Gründen habe sie den Aktienbesitz verkauft. Die Ostbank wäre ein absolut lebensfähiges Unternehmen gewesen, wenn der Staat ihr die gleichen Kredite wie den übrigen Siedlungsgeellschaften belassen hätte. Kennzeichnend für das Verhalten des Fiskus sei, daß er die Aktien zu einer Mark erworben und erst nach einem Ansehungsprozeß den Aktionären zehn Mark pro Aktie gezahlt habe.

Während der Fragestellung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Geheimrat Hugenberg und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Ruttmer.

Sitters Besuch bei Schleicher.

— München, 4. November.

In Richtigstellung einer Zeitungsmeldung über die Unterredung des Führers der Nationalsozialisten Adolf Hitler mit General von Schleicher vom Reichswahlministerium erklärt Adolf Hitler, es sei unwar, daß er verprochen habe, sofort nach Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten die Selbstschutzabteilungen aufzulösen, auf die Befehle der Polizeipräsidentenposten in den Großstädten zu verzichten und seine radikalen Parteimitglieder in verantwortliche Stellen aufzunehmen.

Die englischen Gemeindevahlen.

— London, 4. November.

Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der englischen Gemeindevahlen hat die Arbeiterpartei auf bei dieser Gelegenheit eine neue große Niederlage erlitten. In London haben die Konservativen 425 Sitze gewonnen, während die Arbeiterpartei 92 Sitze verloren hat. In Birmingham nahmen die Konservativen der Arbeiterpartei 9 Sitze ab. Alle 24 sozialistischen Kandidaten unterlagen. In Derby verlor die Arbeiterpartei 17, in Birkenhead 12 und in Stoke 11 Sitze; damit verlor die Arbeiterpartei in den drei Städten ihre Mehrheit.

Eröffnung des englischen Parlaments.

Lansbury Vorsitzender der Arbeiterfraktion.

Die beiden Häuser des englischen Parlaments sind zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die Vereidigung der neuen Mitglieder und die Wahl des Sprechers des Unterhauses vorgenommen wurde. Die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei hielt vorher eine Sitzung ab, in der Henderson als Parteiführer unwandelbares Vertrauen ausgesprochen und Lansbury zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Beide Entschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Der Favag-Prozeß.

Aufstellungen über die Zahlung von Sondervergütungen.

Nach einer im Favag-Prozeß verlesenen Aufstellung des Angeklagten Lindner wurden folgende Sondervergütungen gezahlt: An Becke r 919 500 Mark in etwa 30 Fällen, an Dumde 759 000 Mark in etwa 26 Fällen, an Ma e b j e 416 000 Mark in etwa 12 Fällen, an Schumacher 116 000 Mark in sechs Fällen, an Lindner 17 000 Mark in vier Fällen. Nach einer anderen Zusammenstellung wurden innerhalb von fünf Jahren etwa 2,5—3 Millionen Mark an Sondervergütungen gewährt.

Die Frage, was zum Aus der Favag geführt habe wurde wegen ihrer Wichtigkeit auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt.

Der Sachverständige, Prof. Kalveram, stellte an den Zeugen Bodenheimer, der früher als Stellvertreter dem Aufsichtsrat der Gesellschaft angehörte, die Frage: Sind Sondervergütungen in dem Ausmaß wie bei der Favag geschäftsmäßig? Der Zeuge macht eine Sondervergütung zunächst von der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Firma abhängig, weiterhin spiele es, so erklärte er, eine Rolle, ob man für seine Tätigkeit eine entsprechende reguläre Entschädigung erhalte. Eine Sondervergütung solle stets eine besondere Vergütung für besondere Leistung darstellen, dürfe jedoch nicht zur Norm werden.

Der Monopolvertrag der Sklarefs

Stürmische Auseinandersetzungen im Gerichtssaal. — Nervenzusammenbruch Gabels.

Die erste Sitzung des Sklaref-Gerichts in der laufenden Woche begann mit Erörterungen über den Monopolvertrag der Sklarefs mit der Stadt Berlin vom April 1929. Als die Geschäftsräume der Firma Sklaref beim Durchbruch der Rindfleisch durch die Romanovantenfrage getübbelt werden mußten, richtete Mar Sklaref ein Schreiben an den damaligen kommunizistischen Stadtrat Gabel, in dem er um Verlängerung des Monopolvertrages bat, da die Firma Sklaref durch die Kündigung der Geschäftsräume Schaden erlitten hätte, es seien damals nämlich gerade erst Renovierungsarbeiten für zwei Millionen Mark ausgeführt worden. Weder Leo noch Willy Sklaref wollen den Brief gelesen haben.

Auch die Frage des Vorstehenden, weshalb das Schreiben an Gabel persönlich gerichtet worden sei, konnte Willy Sklaref nicht beantworten. Im Verlaufe der Verhandlung betonte Willy Sklaref, daß bereits im Jahre 1927 Obermagistratsrat Schallbach erklärt habe, er werde sich dafür einsehen, daß die Firma Sklaref einen Vertrag auf zehn Jahre bestimme.

Im weiteren Verlauf des Prozesses verlas dann der Vorsitzende den Monopolvertrag, der von Stadtrat Benede und Stadtrat Gabel unterzeichnet worden ist und den Lieferungsvertrag unwiderruflich bis zum 10. Juli 1933 verlängert.

Als dann der Vorsitzende weiter feststellte, daß Gabel den Vertrag durch Stadtrat Benede unterzeichnet ließ, der gar nicht für diese Dinge zuständig war, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Gabel schließlich einen Nervenzusammenbruch erlitt, in Tränen ausbrach und sich in großer Erregung mit lauter Stimme gegen den Vorsitzenden wandte.

Hilfsaktion funktentelegraphisch geleitet.

Die Bergung des deutschen Flugbootes in der Biscana wurde in Hamburg überwaht.

Das Einschleppen des vor einigen Tagen über die Biscana durch Motorchaden zum Nierberger auf See gezungenen Dornier-Wals „Paffat“ (D 2068) nach La Toruna ist, wie jetzt bekannt wird, von Hamburg aus funktentelegraphisch geleitet worden.

Das Flugzeug „Paffat“ ist eines der beiden Dornier-Flugboote, welche die Luft Hanja auf europäischer Seite für den kombinierten Dampfer-Flugzeug-Dienst nach Südamerika eingelegt hat. Die Maschine erlitt den Unfall auf dem Rückflug nach Deutschland. Am Freitagvormittag gegen 10 Uhr traf bei der Luft Hanja in Hamburg die Meldung von dem Motorenausfall ein. Der Besatzleiter der Luft Hanja telephonierte sofort mit der Bugfiter, Reederei- und Bergungs-WG. in Hamburg, die einen Schlepper in La Toruna stationiert hat. Diele verlässliche funktentelegraphisch den Schlepper von der Position des Flugzeugs, das gleichzeitig von der Hilfsaktion benachrichtigt wurde und Weilung erhielt, mit dem verbleibenden Motor dem Schlepper entgegenzufahren. In den nächsten Stunden vermachte man von Hamburg aus durch Funkpruch das Einschlepp-Manöver genau überwaht.

Die „Lodesnebelfabrik“ im Maastal stillgelegt. Die heiligste Zeitungen melden, wird die chemische Fabrik in Engis (Provinz Lüttich), deren Stilllegen im Herbst vorigen Jahres mehrere Menschenleben im Maastale, namentlich in den Orten Selsfin und Tilleur, zum Opfer fielen, auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung am 10. November endgültig geschlossen.

Dom Schwager erschoten. Eine graufige Bluttat verübte nachts gegen 2 Uhr der 26 Jahre alte frühere faulmännliche Angestellte Paul Rube in seiner Wohnung in der Urbanstraße 8 in Berlin. Im Verlauf von Streitigkeiten brachte Rube seinem Schwager, dem 23jährigen Arbeiter Otto Brenps aus der Glinauer Straße 32, der einen Schwelger gegen ihren Chemann schlagen wollte, mit einem Küchenmesser schwere Stichverletzungen in der Herzgegend bei. Brenps ist bald darauf gestorben. Rube unternahm einen Selbstmordversuch.

DIE FABRIK

Roman von Marlene Sonnabend
(ERIKA FORST)

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale) 1931

Die junge Frau schrie nicht auf, sie suchte nicht einmal zusammen — sie saß hin wie von einer übermächtigen Gewalt zu Boden geschleudert. Hermann fing sie in seinen Armen auf, und über Alices bleiches Antlitz hinweg tauchten er und seine Mutter einen bedeutungsvollen Blick. Die Ohnmacht währte nur einige Sekunden. Wie mit betäubtem Willen riß sich die junge Frau aus ihr empot. „Laß mich — ich...“ Sie warf Mantel und Hut achtlos hin. „Ist mein Mädchenstübchen in Ordnung? Eine Weile — einen kurzen Augenblick laßt mich allein.“ Frau Wolt hielt Neffisch zurück, der seiner Gattin folgen wollte. „Laß sie, Franz, sie...“ Er war ihr Jugendfreund, ihr erster Verlobter — es ist ja natürlich, daß es sie hart trifft. Sie braucht Alleinsein. „Der Tod ihres Bruders brachte sie nicht so außer Fassung“, erwiderte Franz in leichter Gereiztheit. Frau Wolt hob beschwichtigend die Hand. „Franz, ich fürchte, sie fühlt sich gegen ihn schuldig. Im übrigen: Hell Volland hatte sich an eurem Hochzeitstage mit seiner Kusine verlobt.“ „Das arme Mädchen“, tam es Neffisch tief aus dem Herzen. „Und nun wird sie ihn unsehbar verlieren?“ „Wenn kein Wunder geschieht!“ Alice verlor keine Minute. Sie warf sich ein altes, unscheinbares Mäntelchen über und zog sich eine Bettenschiefe tief in die Stirn. „Es ist fast Mittag, überlegte sie. Um drei Uhr ist die Trauerfeier; bis dahin bin ich zurück. Sie klingelte nach der alten Babette, der langjährigen Dienetin des Hauses, der sie bedingungslos vertrauen konnte. „Babette, ich muß zu Hell. Liegt er zu Hause?“

„Im Krankenhause, Alicechen. Er ist...“ „Ich weiß, ich weiß! Babette, sag den andern, ich wolle ruhen. Ich bin bald wieder da.“ „Alicechen, Sie wissen doch...?“ Babette dachte an die Verlobung. „Alles, alles, Babette — laß mich schon!“ Alice dachte an das Unglück. Sie schlüpfte an der Alten vorbei und verließ das Haus durch den Eingang für die Dienstboten. „Schweiger, ich muß zu Hell Volland.“ Ihre Augen glühten errötet wie zwei dunkle Sterne, als sie im Krankenhause um Einlaß bat. Man kannte sie und machte keine Schwierigkeiten — wies sie zurecht und führte sie. „Es ist hoffnungslos?“ fragte Alice die Schwester, die zu Hells Station gehörte. Die bewegte den Kopf diplomatisch hin und her. „Wir hoffen, solange noch jemand atmet.“ In dem großen, weißen Zimmer stand das Bett mitten im Raum, von allen Seiten frei. Frau Barbara hatte vor wenigen Minuten ihren Sohn verlassen. Es gab tausenderlei Fälle sie zu tun nach diesem furchtbaren Unglück, das die Fabrik betroffen. Wolt senior, nervös und gebrochen, verließ sich auf sie. Alle Anfälle fleischer und ein wenig weiblicher Eifersüchtigkeit waren von ihr abgefallen. Sein Unglück hatte sie, des Unheils gewohnt, sich so gleich wiedergefunden. Sie ließ Nora gewähren, rief sie nicht von Hells Seite. „Ich bin froh, daß du bei ihm bist“, sagte sie sogar zuweilen und nickte ihr freundlich zu. Mich läßt man ja nicht einmal ruhig an der Seite meines sterbenden Sohnes, dachte sie bitter, und doch erfüllt und zufrieden von ihrer Aufgabe. So traf Alice nur Nora, an der Seite von Hells Bett stehend und seine Hand in der ihren haltend. Sie hatte erwartet, Hell entsetzter zu finden. Den kranken, verengten Körper bedeckten ja Binden und die leichte Decke, die er ertragen konnte. Unwillkürlich atmete Alice auf; es scheint so schlimm doch nicht zu sein.

Nora wandte ihr den Rücken zu. Hell sah sie zuerst. Sie war leise eingetreten, ohne von der Schwester gemeldet zu werden. Ein seltsamer Ausdruck huchte über sein Antlitz: Schmerz, Unruhe, aber auch Abwehr und Enttäuschung. Die junge Frau trat an sein Bett. „Hell!“ Klang stehend ihre Stimme. Sie vergaß es, Nora zu begrüßen; ihre ganze Seele war erfüllt nur von dem einen Ziel. „Hell, du — du leibst sehr?“ „Ich sterbe, Alice“, erwiderte Hell so ruhig und gelassen, daß in diesem Ton ein bißchen von der alten Schmeichelei, fast von dem alten Spott zu liegen schien. „Es ist lieb von dir, daß du kommst.“ Sie sah ihn forschend an, fast gespannt. Sie gierte nach einer Soffnung. „Du — bist doch gar nicht — so schlimm...“, flüsternd sie erregt. „Hell, du wirst leben, und wir...“ „Ihre dich nicht, Alice. Mein ganzer Körper ist eine große Wunde.“ „Sie wird heilen!“ Hell lächelte melancholisch. „Werde gesund“, flehte Alice töricht und hilflos. „Wir wollen alles wieder gutmachen...“ „Was macht dein Gatte?“ forschte Hell mühsam. „Laß ihn!“ Ungebuldig warf Alice ihr Haupt zurück. „Was geht er mich an? Mein — dein bin ich, Hell, immer, immer gewesen! Sag ein Wort, und ich mache mich frei und bleibe bei dir...“ Noras Hand löste sich sanft von der Hells; sie wollte aufstehen und fortgehen. Aber Hells Alice irrte zu ihr herüber. Das machte auch Alice auf sie aufmerksam. Sie lächelte verwirrt. „Nora, verzich, ich habe dich gar nicht wahrgenommen.“ „Sag mich, bitte, allein mit ihm!“ Hell schüttelte den Kopf. „Nicht, Alice — nicht! Nora gehört hierher. Es ist ja alles zu spät. Alice, wir — du und ich — sind Toren gewesen. Ich weiß — noch heute nicht...“ Seine Stimme verlagte vor Schwäche. (Fortsetzung folgt)

Kirchliche Woche.

Am Montag hielt Pastor Folkers-Hatten den Vortrag über „Die Bibel in unserer Zeit“. Der Redner, anfangsreicher Rede gab er den zahlreichen Zuhörern ein Bild von der einzigartigen Bedeutung der Heiligen Schrift. Die Bibel ist das wertvollste Buch der Welt. Sie ist in 630 Sprachen übersetzt worden, und wenn man die Dialekte hinzunimmt, sind weniger als 8-900 Mundarten. Im Jahre 1924 wurden 30 Millionen Stück verkauft. Darauf aber kommt hinzu, daß das Wort der Bibel auch gelesen und gehört wird. Der schwedische Dichter Strindberg († 1912) kann einem Leben voll inneren Kampfes wieder zum christlichen Glauben zurück. Als er starb, lag das Neue Testament in seinen Händen, und neben seiner Bettstatt lag ein Kreuz. Einem Freunde versicherte er: „Es ist mir ergangen wie einem Seefahrer, der ausfuhr, geistiges Land zu entdecken, und jedesmal, wenn ich glaubte, unbekanntes Land zu finden, war's beim nächsten Ufer unsere alte Bibel und das Testament. Aber die neuen Weisheiten gibt es nichts.“ Als Anschrift auf seinem Grabstein bestimmte er selbst die Worte: Ave crux, unica spes, d. h. Sei gegrüßt, du Kreuz, einzige Hoffnung.

Wer am Dienstag abend in unserer Kirche war, der wird es an der Tatsache, daß eine außerordentlich große Versammlung versammelt war, wie notwendig und durch die gegenwärtige Lage gefordert, die Behandlung des Themas „Christentum und Bolschewismus“. Der Redner, Pastor Hake-Varel hat einen bedeutenden Vortrag gehalten. Mit großer Offenheit wurde von dem Ziel des Bolschewismus und den Wegen zu dessen Erreichung gesprochen. Es wird wohl jedem klar geworden sein, daß der Bolschewismus totalitärer Wille ist, die bisherigen Lebensformen, Eigentum, die jegliche Art der Schule, Familie und Religion zu vernichten. Es soll keine göttlichen Gebote mehr geben, denen jeder in gleicher Weise zu gehorchen hat. Alles, was dem Bolschewismus fördert, soll gut sein, was ihn hindert, böse. Die Lüge gilt nach einem Worte Lenins, als eins der wichtigsten Kampfmittel. Die Ermordung von Gegnern, nennt man die Vollstreckung des gesetzlichen Todesurteils. Das Familienleben soll zerstört werden. In den russischen Kollektiven, in denen die nächsten in Massenquartieren zusammenleben, wohnen die nächsten Männer und Frauen in denselben Räumen nebeneinander, das gesamte Leben vollzieht sich in der Öffentlichkeit. 65 Prozent der russischen Bauernhöfe sind bereits enteignet und in die Bewirtschaftung durch die Masse gegeben. Der schärfste Kampf gilt der Religion. Gott und Christus sind in der schamlosesten Weise gelästert, in Wort, Bild, Lied und Theater. Vor den Kirchen werden an den öffentlichen Feiertagen religionsfeindliche Puppenspiele aufgeführt, Bilder von Gott und Christus werden dabei bespuckt. Die Religion wird als Opium und geistlicher Sufel bezeichnet. Die Schmähschrift gegen Christus, das sogenannte „Evangelium des Damian“, ist das „Erbauungsbuch“ auch für die Arbeiter, das auf Befehl des Staates die Grundlage bildet für den religionsfeindlichen Unterricht in den russischen Schulen. Der Redner brachte es zum Ausdruck, daß es unmöglich wäre, ihm bekannte Proben aus diesem Buche in der Kirche zu Gehör zu bringen. Dann kann man ahnen, wie schamlos der Inhalt dieser Schmähschrift ist. Wenn man nun sagen wollte, bei uns sei es noch nicht weit, so gilt das Wort: Rußland ist schon weithin in Deutschland. Auch bei uns wird auf die Vernichtung des Glaubens hingearbeitet. Die Kirche wird verleumdet und verspottet. Ein Beispiel dafür gab der Redner mit dem „Gottlosentum“. Andere Lieder wie etwa den „Gesang der ewigen Chorknaben“ vorzulesen, mußte er sich wegen des Inhalts verkneifen.

Die Feinde der Kirche haben die Bedeutung der Kirche klarer erkannt als die, welche ihr nicht feindlich gegenüberstehen. Nur wenn dem Menschen der Glaube und die feste Überzeugung aus der Seele gerissen wird, ist er Gott verantwortlich, nur wenn er so den ewigen Gott verloren hat, kann er reif werden für die letzten Ziele des Bolschewismus. Darum gilt dem Glauben der Verleumdungskampf. Uns aber wird die persönliche Entscheidung überlassen, was wir wollen: Christus oder Antichristus. Mit klarer Entscheidung gilt es, sich auf die Seite der Bekämpfung der Kirche zu stellen und die Gottlosigkeit eigenen Herzen zu bekämpfen.

Es wird noch hingewiesen auf die drei Vorträge, die auch gehalten werden. Heute abend redet Pastor Krenn-Pappenberg über das Thema „Sonntages Familienleben“. Morgen Pastor Wilkens-Rüfingen über den „Kampf um die Jugend“. Hierzu werden besonders auch die Jugendlichen unserer Gemeinde eingeladen. Den Schlussvortrag am Sonnabend hält Pastor Thorade-Wardenburg über die Frage: „Was muß die Kirche von ihren Gliedern erwarten?“

Schicksalsgefährten in der Krise

Produktionskrumpfung drinnen und draußen.
HD. Was sich bei uns abspielt an Wirtschaftsumwälzungen, an sozialen Nöten, an Kriegen mit den übermächtigsten einer geordneten Weltordnung ist — natürlich genug haben es die letzten Wochen offenbart — nichts anderes als ein Auschnitt aus dem trüben Weltgeschehen. Nur das Deutschland besonders schwer zu haben hat, schwerer jedenfalls als die Wehrmacht der anderen Staaten; nur daß bei uns die innere Not bereits bis an die Grenze des Überhaupt Erträglichsten gestiegen ist. Genügend Schwierigkeiten aber, Sorge und Kämpfe gibt es auch innerhalb unserer Grenzpfähle. Auch dort kennt man die Lageverhältnisse, Betriebszusammenbrüche, wachsende Arbeitslosigkeit. Immer mehr Länder werden vom Malstrom der Krise erfasst. Hoffnungen, die man vielerorts noch im Frühjahr dieses Jahres hegte, sind zunichte geworden. Die Kredit- und Währungsfrage der letzten Monate hat in der Welt zunächst alle Anläufe zum Besseren kaum erstickt. Die wachsende Not wird zum harten Gegenfeind. Die Erkenntnis gewinnt jedenfalls mehr

und mehr an Boden — sie hat in internationalen Verhandlungen der letzten Zeit bereits ihren Niederschlag gefunden; es bedarf solidarischer Zusammenarbeit aller Kulturvölker, um die internationale Atmosphäre vom Mißtrauen zu bereinigen, herandrängende weltpolitische und weltwirtschaftliche Probleme zu lösen, einer neuen Entfaltung des Wirtschaftslbens den Weg zu bereiten.

Alles, was sich auf wirtschaftlichem Gebiet in letzter Zeit ereignete — insbesondere die ökonomische und deutsche Kreditkrise, die Währungschwierigkeiten Englands mit ihren vielfachen Rückwirkungen auf die Welt — spiegelt sich in einer weiteren Verschärfung des Wirtschaftskampfes und namentlich der industriellen Erzeugung deutlich wider. Kaum ein Land, in dem die Kurve der Industrieproduktion nicht abwärts mißte. In den Vereinigten Staaten, in Deutschland, Großbritannien, Österreich, ja selbst in Frankreich, das bisher dem Ansturm der Krise leidlich zu trotzen vermochte — fast überall hat die Industrie in letzter Zeit Einschränkungen vorgenommen. Im ganzen ist, nach Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung, die industrielle Warenherzeugung der Welt von Mitte 1929, dem konjunkturellen Höhepunkt, bis zur Gegenwart um mehr als ein Viertel gesunken. Niedrige industrielle Kräfte liegen in der Welt brach und harren ihrer Nutzung.

Deutschland, der größte Industriestaat des europäischen Kontinents, hat besondere starke Einbußen erlitten. Seine industrielle Produktion ist, gemessen am amtlichen Produktionsindex (Stand von 1928 = 100 gesetzt), von 108,4 im April 1929 bis auf 68,1 im August 1931 gesunken. Das bedeutet: unsere industrielle Erzeugung ist heute etwa so groß wie im die Jahrhundertwende. Im drei Jahrzehnte ist sie zurückgeworfen — eine gewaltige Schrumpfung, die die furchtbare Schwere unserer Wirtschaftskrise in ihrem ganzen Umfange enthillt. Aus diesem Tal den Weg zu neuem Aufstieg zu bahnen, das ist eine Aufgabe, wie sie schwerer keiner Regierung, keinem Volke zur Lösung gestellt wird. Nur der einmütigen Zusammenarbeit aller Wirtschaftsklassen und Erwerbsstände, nur der Aufbietung aller verantwortungsbewußten Kräfte wird es gelingen können, unser Volk aus dem Dunkel der Gegenwart ins hellere Licht eines neuen Tages zu führen. Darüber hinaus hat Deutschland, als der Hauptleidtragende der Weltkrise, auch, wie es der Reichstanzler vor kurzem ausdrückte, das Recht, an die Völker der Welt den Appell zu richten, die Bemühungen zu der unerlässlichen solidarischen Zusammenarbeit endlich zur praktischen Tat reifen zu lassen.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

Gesleth, den 5. November 1931

Tages-Zeiger

☉-Aufgang: 7 Uhr 33 Min. ☽-Untergang: 4 Uhr 48 Min.

Schneewasser:

9.30 Uhr Vorm. — 10.20 Uhr Nachm.

6. November: 10.50 Uhr Vorm. — 11.40 Uhr Nachm.

* Es sind folgende Logger hier angekommen: 5. Reife Motorlogger „Wartlet“ mit 585 Kanjes und 6. Reife Dampflogger „Günter“ mit 604 Kanjes Heringen.

* Die Anmeldungen zum bevorstehenden Hauswirtschaftslehrgang laufen erfreulicher Weise aus unserer Stadt und aus ländlichen Bezirken recht zahlreich ein, und kann am Montag, dem 9. November, mit dem Unterricht begonnen werden. Junge Mädchen, die noch die Absicht haben, am Lehrgange teilzunehmen, werden gebeten, sich recht bald bei Fräulein Gottschalk zu melden, da noch einige Schullehrinnen ausgenommen werden können, nachträgliche Anmeldungen aber zurückgewiesen werden müssen. Der Lehrgang findet im Gasthof „Zum Deutschen Hause“ statt, und da vielen Eltern heute die Mittel fehlen, durch Besuch einer auswärtigen Haushaltungsschule ihren Töchtern eine gute hauswirtschaftliche Ausbildung angedeihen zu lassen, ist es um so erfreulicher zu begrüßen, daß jungen Mädchen unserer Stadt und Umgegend Gelegenheit geboten wird, in kurzer Zeit und für billiges Geld viel Ersprießliches zu lernen. (Mäders Anzeige.)

* Verbilligte Kohle für Erwerbslose. Wie bereits durch die Presse bekannt geworden ist, haben sich sämtliche Kohlenhändler bereit erklärt, für Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger Kohle zu ermäßigten Preisen abzugeben oder Kohlenmengen in gewisser Höhe kostenlos zur Verfügung zu stellen, um Preisnachlässe für die an Erwerbslose abgegebenen Kohlen zu ermöglichen. Ebenso wird der Kohlenhandel seinerseits zu einer Verbilligung durch Ermäßigung des Handelsrabatts und der Kleinhandelsaufschläge beitragen. Ferner hat sich auch die Reichsbahn durch eine für alle Entfernungen gleiche Ermäßigung der Fracht für Erwerbslosenkohle (3 Pfg. per Zentner) an der Aktion beteiligt. Die Brennstoffe für Erwerbslose werden demnach zu einem wesentlich herabgesetzten Preis abgegeben werden. Die Verteilung der Kohlen erfolgt unter Beteiligung der Arbeitsämter, der Bezirksfürsorgeverbände sowie der Stadt- und Landkreise durch die örtlichen Hilfsorganisationen auf Grund von Bezugs- oder Gutschein. Die Abgabe der verbilligten Kohle soll am 1. November beginnen und sich bis 31. März 1932 erstrecken. Die insgesamt von allen Syndikaten für die Erwerbslosen, für den genannten Zeitraum, zur Verfügung gestellten Kohlenmengen werden sich auf etwa 2,3 Millionen Tonnen belaufen.

S Odenburgischer Landtag. Die Vormittags-sitzung am Dienstag hatte insgesamt 40 Punkte zu erledigen, da zu den übrig gebliebenen 13 weitere 27 neue gekommen waren. Ein Antrag des Abg. Meyer-Walente (Nat.-Soz.), das Schächten (Schlagten nach jüdischem Ritus) zu verbieten, rief sofort den üblich gewordenen scharfen Ton hervor. Redner des Zentrums und vor allem der Kommunisten widersprachen dem Antrage. Kommunist Giltz-Rüfingen erklärte gelegentlich, Religion sei Opium für das Volk, was lebhafteste Unruhe auslöste. Auch der einzige Abgeordnete der Staatspartei, Rechtsanwalt Eglermann betämpfte den Antrag und wies auf das Zagen hin, das gleichfalls Tierquälerei mit sich bringe. Der wahre Grund

zu dem Antrage sei in der politischen Einstellung gegen die Juden zu suchen. Es gäbe nur einen Staat in Deutschland, in dem das Schächten verboten sei, nämlich Deutschschweiz. Abg. Köber von den Nationalsozialisten griff das Zentrum an, daß es mit den Gottlosen zusammen gehe. Abg. Eglermann (St.-P.) vermaßte sich gegen einen Zwischenruf des nationalsozialistischen Abgeordneten Hobbie, der andeute, daß seine Mutter eine Jüdin gewesen sei. Mit solchem Manöver hätte man vor einigen Jahren auch am letzten Tage vor der Reichstagswahl mit ihm operiert. Geh. Oberregierungsrat Muzenbecher stellte eine Prüfung darüber in Aussicht, ob nicht beim Schächten von Schafen eine besondere Betäubungsart vorzuschreiben sei. Abg. Freirichs (Soz.) vertrat die Ansicht, daß man den Kultus auch der Juden zu achten habe. Freilich werde man, wenn man diese Ansicht verfolge, leicht als Judenrecht bezeichnet. Der deutschnationale Abg. Dr. Osterloh trat dem Antrage aus menschlichen und religiösen Gründen bei. Nach fast zweistündiger Debatte wurde der Antrag mit 23 gegen 21 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt, bei einer Stimmenthaltung. Ohne Aussprache wurde ein Antrag des Abg. Köber (Nat.-Soz.) angenommen, der die Verzugszuschläge für Steuerrückstände beseitigen will. Sodann wurde verhandelt über einen weiteren Antrag Köber: Odenburgische Staatsbehörden dürfen wegen rückständiger Steuern, Grundrenten und Sporteln keine Zwangsversteigerungen von Grundstücken und Liegenschaften vornehmen. Eine Mehrheit des Ausschusses beantragte: Annahme des Antrages Köber in der Fassung, daß Ausnahmen nur zulässig sein sollen, wenn alle anderen Möglichkeiten die Steuern zu heben, erschöpft und offensichtlich böswillige Steuerverweigerung vorliegt. Minister Dr. Willers erklärte dazu, daß dieser Antrag für die Regierung unannehmbar sei. Es müsse jedenfalls statt „und“ das Wort „oder“ gesetzt werden. Dieser Regierungsantrag wurde abgelehnt, und der Mehrheitsantrag angenommen. Zu einem Antrag des Abg. Freirichs (Soz.) machte Ministerpräsident Cassebohm längere Ausführungen. Der Antrag bezweckt Innehaltung gewisser Grenzen beim Schulabbau und Vermeidung untragbarer Maßnahmen. Abg. Studenart Dr. Osterloh (D.-Soz.) sprach seine Verminderung darüber aus, daß die Sozialdemokraten sich hier in Odenburg so für die Begrenzung der Maßnahmen einsetzten, anderwärts sei das nicht geschehen. (Antrüge bei den Sozialdemokraten.) Redner beantragte: Rückgängigmachung der Einrichtung von Schleppklassen. Die Anträge Freirichs und Dr. Osterloh wurden angenommen. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Sitzung am nachmittag 4 Uhr ausgesetzt.

S Odenburgischer Landtag. In der Nachmittags-sitzung am Dienstag, wurde zunächst ohne Aussprache ein etwas abgeänderter Antrag des Zentrums-Abgeordneten Meyer-Golte angenommen, auf Prüfung, ob das Bakteriologische Institut der Landwirtschaftskammer mit dem Hygienischen Landesinstitut zu verbinden ist. Gegebenenfalls soll im Wege der Notverordnung das Erforderliche geschehen. Abgelehnt wurde ein Antrag Meyer-Golte (Ztr.), der bezweckt, aus Sparankheitsrückichten der Landwirtschaftskammer fortan noch zu gestatten von sich aus, wie bisher, drei Mitglieder zuzunehmen. Ein weiterer Antrag des Abg. Meyer-Golte, die Wahlzeit für die Landwirtschaftskammermengen am 8. November für den Wahlkreis 4 (Südoberdenburg) um 2 Stunden, bis 17 Uhr zu verlängern, wird angenommen, jedoch soll die Verlängerung für das ganze Land angeordnet werden. Der Landtag beschloß ferner, entsprechend einem Antrage, gleichfalls von Meyer-Golte, zu prüfen, ob und inwieweit die Verwaltungskosten bei der Landesbrandkasse geteilt, die Schadenregulierung wieder wie in der Vorkriegszeit mit 100 Prozent des Gebäudemertes gemacht werden und eine Zahlung der Brandkostenbeiträge in zwei Raten erfolgen kann. Zur Prüfung überwiegen wird der Staatsregierung ein weiterer Antrag des Abg. Meyer-Golte, betr. Maßnahmen, daß bei Realisierungen die auf dem Objekt ruhenden Schulden Berücksichtigung finden müssen. Oberst sind dort niederzuschlagen, wo sie nachweislich nur durch Aufnahme von Schulden entrichtet werden können. Mit einem Antrag Fröhle (Ztr.) auf Vereinfachung der gesamten Staatsverwaltung, erklärt sich der Landtag einverstanden. Er ersucht die Regierung um Prüfung. Gleichfalls angenommen wird ein Antrag des sozialistischen Abgeordneten Krause auf Verlängerung der Rückzahlungspflicht bis zum 1. Januar 1932 gefälligster Aufwertungshypotheken. Eine zum Teil heftige Aussprache rief ein Antrag des Abg. Kaper (Soz.) hervor, betr. Preisvereinbarungen und Forderungen, soweit diese die Gewinnquote der Vorkriegszeit in unbegrenzter Weise übersteigen. Es wurde folgender Ausschussantrag angenommen: Der Antrag Kaper wird der Regierung mit der Maßgabe zur Berücksichtigung überwiesen, vom Reich ein scharfes Vorgehen gegen ungelunde Preisfestsetzungen durch Kartelle zu verlangen. Ein Antrag des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Hühorn auf Erziehung eines 64-jährigen Beamten, an wichtiger Stelle im Archivwesen, durch eine jüngere Kraft, wurde der Regierung zur Prüfung überwiesen. Das gleiche geschieht mit einem Antrag des ebenfalls nationalsozialistischen Abg. Herzog, betr. Maschinenreife der Stelle bei den Granatsatz, und Grenze der Fälligkeit bei einem Meter über dem Meereshoden. Einer Eingabe des Stadtmagistrats Varel und einer förmlichen Anfrage des Abg. Meyer (Nat.-Soz.) in gleichem Sinne, nämlich finanzielle Hilfe der besonders schwer belasteten Stadt Varel, entspricht der Landtag durch ein Ersuchen an die Regierung, der Stadt Mittel zur Verfügung zu stellen, zwecks Verwendung zur Steuerung der Not und zwar so, daß der Stadt Varel dadurch keine Mehrbelastung entsteht. Abgelehnt wurde ein Antrag des Abg. Freirichs (Soz.), betr. Gutachten des Reichsparlamentarischen Ausschusses über geeignete Sparmaßnahmen im Staat und in den Gemeinden. Auch die Regierung gab der Auffassung Ausdruck, daß zur Einholung eines solchen Gutachtens keine Veranlassung vorliege, da schon jetzt nach Möglichkeit gepart werde. Geprüft werden soll auch der Wunsch mehrerer Eingelehener der Gemeinde und des Gemeindevorstandes Gandersee auf Einstellung der Arbeiten eines Wasserzuges, da sie billiger und dienlicher geleistet werden

können, wenn ein anderer Plan zugrunde gelegt wird. Damit war es wieder spätere Abendzeit geworden. Es wurde noch beschlossen, den Rest der Tagesordnung in einer am Mittwoch um 10 Uhr beginnenden Sitzung zu erledigen und die Frage der Regierungsbildung am Donnerstag zu verhandeln.

* Die Reichsbahn teilt mit: Dienstag Morgen um 5 Uhr entgleiten auf Bahnhof Rodenkirchen in der Ausschleife die ersten beiden unbefetzten Personenwagen des Personenzuges 344 Brale-Nordenham. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist gering; die Ursache der Entgleisung konnte noch nicht ermittelt werden, die Untersuchung ist eingeleitet. Mit Hilfe des Hilfszuges von Oldenburg wurden die beiden Wagen gegen 9 Uhr wieder aufgegleist. Die Fahrgäste mußten an der Unfallstelle umsteigen.

* Unpünktliche Zahlung der Gehälter für die Volksschullehrer. Das Ministerium des Innern hat aus Anlaß von Beschwerden der Volksschullehrer über unpünktliche Zahlung der Gehälter eine Verfügung an die Leiter erlassen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Lehrkräfte trotz der Anstellung durch den Staat, wofür der Staat an die Gemeinden Befoldungszuschüsse gewährt, Gemeindebeamte sind, so daß sich der Befoldungsanspruch der Lehrkräfte rechtlich allein gegen die Gemeinde richtet. Der Anspruch ist unabhängig davon, ob bisher von der Gemeinde zu seiner Befriedigung angewandte Steuern und Zuschüsse auch jetzt noch dazu ausreichen. Die Gemeinde hat vielmehr alle Einnahmen und ihr vermögensbares Vermögen zur Befriedigung dieses Anspruches aufzuwenden. Der Lehrer kann die Gemeinde verklagen und die Zwangsvollstreckung in das ganze Finanzvermögen der Gemeinde und ihre abtreibbaren Forderungen betreiben. Außerdem kann die Aufsichtsbehörde im Wege der Verfügung vorgehen und bestimmen, daß gewisse Einnahmen der Gemeinden vorweg für die Befoldung der Lehrkräfte vermandet werden. Die Gemeinde verlegt daher eine gesetzliche Pflicht und setzt sich nur Prozessen und Schadenersatzansprüchen aus, wenn sie, wie es geschehen ist, und immer noch geschieht, beschließt, sich auf die Weitergabe von Lieberungssteuern und Zuschüssen an die Lehrkräfte zu beschränken. Solche Beschlüsse sind von der Aufsichtsbehörde zu beanstanden; der Gemeindevorsteher darf sie nicht beachten. Es liegt im eigenen Interesse der Gemeinden, der pünktlichen Befriedigung der Rechtsansprüche der Lehrer, für deren Befriedigung der Zugriff auch auf ihr Finanzvermögen offen steht, vordringlich Sorge zu tragen, wenn nicht letzten Endes die Aufsichtsbehörden mit allen Mitteln der Verwaltung und Gesetzgebung vorgehen sollen.

* Außenhandelsstelle für das Weser-Ems-Gebiet. Die oldenburgische Industrie- und Handelskammer hat den Beschluß gefaßt, für die Wahrnehmung der Auslandsinteressen der oldenburgischen Wirtschaft, sich für die Zukunft der amtlichen Außenhandelsstelle mit dem Sitz in Bremen zu bedienen. Die oldenburgische Regierung hat im Verfolg dieses Beschlusses bei der Zentralstelle für Außenhandel in Berlin den Antrag gestellt, daß die Außenhandelsstelle in Bremen, welche bis dahin für das Gebiet der Handelskammer Bremen und der Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg zuständig

war, für die Zukunft auch zur Betreuung der oldenburgischen auswirtschaftlichen Interessen herangezogen werden soll. Die Zentralstelle für Außenhandel hat entsprechend diesem Wunsch, durch Erlass, die Außenhandelsstelle in Bremen in eine Außenhandelsstelle für das Weser-Ems-Gebiet umgewandelt. Die oldenburgische Wirtschaft wird entsprechend den Möglichkeiten der Zentralstelle für Außenhandel einige führende Persönlichkeiten der oldenburgischen Wirtschaft in den Verwaltungsrat der Außenhandelsstelle entsenden; Herr Otto Hoyer, Präsident der Industrie- und Handelskammer Oldenburg, wird dem Vorstand der Außenhandelsstelle angehören. Damit ist eine einheitliche und gleichmäßige Bearbeitung und Betreuung der Auslandsinteressen des Weser-Ems-Gebietes gewährleistet. Das Küstengebiet mit seiner ausgesprochenen besonderen Wirtschaftsstruktur wird somit auch nach außen einheitlich als solches gekennzeichnet.

* Oldenburg, 3. November 1931. Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Zucht-, Nutzvieh- und Pferdemarkt. Auftrieb: Insgesamt 193 Tiere.

A) Zucht- und Nutzviehmarkt. Auftrieb: 132 Stück Großvieh, darunter 13 Kälber. Es kosteten:

hochtragende Kühe 1. Qualität	330-370 RM
" " 2. Qualität	280-320 "
" " 3. Qualität	180-270 "
tragende Kühe 1. Qualität	270-300 "
" " 2. Qualität	180-260 "
Zuchtbullen	180-250 "
Zuchtkälber (bis 14 Tage alt)	20-30 "

Integrierte Tiere in allen Gattungen über Notiz. Marktverlauf: Schlecht, Lieberland.

B) Pferdemarkt. Auftrieb: 61 Pferde. Es kosteten:

beste Arbeitssperde	450-675 RM
mittlere Arbeitssperde	200-330 "
Schlachtsperde	40-180 "
gute Hussen	400-500 "

Beste Tiere vereinzelt über Notiz. Marktverlauf: Schlecht, Lieberland.

S Oldenburg. Landes-Luftfahrt-Verein Oldenburg. Eine außerordentliche Hauptversammlung unter Leitung des Vorsitzenden, Professors Dr. Willers, war auch von Vertretern der dem Verein angeschlossenen Abteilungen, besonders der sich kräftig entwickelnden Segelgruppe stark besucht. Aus dem Bericht über die Geschäftsführung des Vorstandes ging das unentwegte Bestreben, dem Luftfahrtgedanken immer mehr Wege zu ebnen und dem Endziele, Schaffung eines Flughafen Oldenburg, weiteres Interesse zu verschärfen klar und deutlich hervor. Gemerbedirektor Herr Jahn berichtete als Abteilungsleiter der Segelgruppe von den Versuchen der Segel- und Jungflieger auf dem Gleitflug-Gelände Doringhausen bei Wiefelshoek mit zwei Flugzeugen. Der Erfolg sei gewesen, daß 9 Mitglieder den A-Schein, als ersten Nachweis wiederholender Leistungen, errangen. Die neugegründete Ballonabteilung machte gleichfalls gute Fortschritte, wie Polizeioberleutnant Jensen darlegen konnte. U. a. bei einer Wetsfahrt vom Startplatz in Bremen aus. Die Vorgänge derartiger Luftsportes liegen auf der Hand, und deshalb wird der Verein sich durchsetzen, ohne große äußerliche Klammern vorzunehmen. Der Landesluftfahrtverein hat selbstverständlich vor allem auch finanzielle Unterstützung nötig. Oberbürgermeister Dr. Goerlich ver-

breitete sich über die Stellung der Stadtvertretung zu der Frage des Flughafen Oldenburg. Man sei ernstlich bemüht, die Alexanderheide als Flugplatz zu erwerben. Leider legte Professor Dr. Willers nach der erfolgten Ausschreibung übertragender und bedauerlicher Weise den Vorschlag nieder. Die weitere Geschäftsleitung liegt vorläufig dem zweiten Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Meyer, ob. Die Versammlung ernannte den zurückgetretenen Vorsitzenden, in Anerkennung seiner Verdienste um den Verein, einstimmig zum Ehrenvorsitzenden. — Das Ehrenkreuz der drei vereinigten oldenburgischen Kammern wurde verliehen 1. dem Rentanten Georg Gräber in Esfleth, für 25jährige Tätigkeit als Rentant und Vorstandsmittglied der Spar- und Darlehnskasse Wardenfleth und für seine Tätigkeit als Schrift- und Kassensführer des landwirtschaftlichen Vereines Esfleth, 2. der Dienstmagd Elsie Tempelmann, für 30jährige treue Dienste im Betriebe des Vollmeiers Stolle in Wühren bei Wildeshausen. — Die neueste Senlaten in Oldenburg ist der bevorstehende Prozeß gegen die Ehefrau Olga Hedemeg und ihren Helfershelfer, die den Landwirt Peters aus Golvowarden, unter Benutzung gelber bronzierter Steine, um mehrere Tausende beschwindelt haben. Frau R. wurde nach ihrer Verhaftung in Golvowarden bereits nach Oldenburg ins Gefängnis überführt. Zu der Verhandlung, am 10. November, sollen für den Zubehörsachen Karten in beschränkter Anzahl ausgegeben werden, um einer Ueberfüllung vorzubeugen.

* Wilhelmshaven. Aus Holland wird geschrieben: In den letzten Tagen ist der Flugplatz Gelde sehr stark in Anspruch genommen. Man schreibt den vielen Verletzten von Sportfliegern dem guten Wetter zu. Eine ganz eigenartige Seite gewinnt aber dieser Verze durch folgenden Bericht: Es landete in Gelde ein mit zwei Personen besetzter Sportflugzeug aus Wilhelmshaven. Die Flieger gaben an, daß sie auf dem Wege nach dem Twentschen Flughafen in Enschede gewesen seien, aber Mangel an Benzin habe sie hier zum Landen gezwungen; und nun wurden nur 200 Liter Benzin getankt. Der auf dem Flugfeld anwesende Zollbeamte setzte sich mit dem Flugplatz Enschede in Verbindung, um die beim Flug von Enschede nach Deutschland zu vollziehenden Formalitäten in Ordnung zu bringen. Allerdings sind dann in Enschede keine Flieger angekommen. Man vermutet, daß die Flieger infolge des großen Preisunterchiedes nur haben in Holland Benzin tanken wollen, um billig einzukaufen.

* Osnabrück. Die Oberstaatsanwaltschaft nimmt zu den Brandstiftungen im Bezirk Osnabrück in einer Presseveröffentlichung Stellung und stellt darin u. a. fest: Wir haben in unserem Bezirke mit einer Brandstiftungsaktion zu tun. Seit Juli d. J. seit der Wirtschaftskatastrophen und der daraus folgenden Erhöhung des Reichsbrandrisikos haben im Landgerichtsbezirk Osnabrück 175 Brände stattgefunden. Das sind für je 2 Tage fast 3 Brände. Die energigsten Eingriffe des Reichsbrandrisikobehörden nehmen die Brände nicht ab. Für die Zeit vom 1. bis 30. Oktober sind wieder 36 neue Brände gemeldet. Die Brandschäden für die ganze Provinz Hannover, also die Anmeldeungen bei den anderen Versicherungsanstalten mit eingerechnet, werden für diesen Monat auf 2,5 Millionen RM geschätzt. Das ist das Dreifache der normalen monatlichen Brandschäden.

Stadtmagistrat
Esfleth, den 4. November 1931
Betrifft:

Landwirtschaftskammerwahl
Auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 30. Oktober 1931 dauert die Wahlzeit
von 9 bis 15 Uhr

Herzliche Einladung
zum Besuch der Vorträge in der
Kirchlichen Woche

Alle Vorträge finden in der Kirche um 8 Uhr abends statt.
Donnerstag, 5. November:
„Sonniges Familienleben“ P. Kreye-Cloppenburg.
Freitag, 6. November:
„Der Kampf um die Jugend“
P. Wilkens-Müstringen.
Sonnabend, 7. November:
„Was muß die Kirche von ihren Gliedern erwarten?“ P. Thorade-Wardenburg.
Der evang.-luth. Kirchenrat Esfleth

6 wöchentlicher Hauswirtschaftslehrgang
nebst Feinbäckerei und feiner Küche, einschl. Kost und Lehrgeld 7 RM pro Woche, erteilt
Margarete Gottschalk,
staatl. geprüfte Hauswirtschaftslehrerin.
Anmeldungen bei Frau Randel, Esfleth, Peterstraße 46.
Vorbesprechung am Sonnabend, dem 7. November, 15 Uhr, im Gasthof „Zum Deutschen Hause“

Nur bis einschl. Sonnabend!
20 Prozent Rabatt
auf alle
Briefpapiere
Photo-Alben
und **Stadtkoffer**
Kaufhaus Kunkel

Badeanstalt Arnold Ahlers
Wannenbäder / Duschbäder
Heißluft- u. Dampfbäder
Badezeit täglich von 9-19 Uhr
Zu Sonntag
dickfettes Kalbfleisch
Pfund 80 ¢ bis 1 RM
Franz Scheffel
Freitag von 5-7 Uhr:
Prima Roßfleisch
bei Ww. Popken
W. Hohn.
Am Freitag um 20 Uhr
Kirchgang
der Feimatabteilung

Nur bis einschl. Sonnabend
50 Prozent Rabatt
auf alle eingerahmten
BILDER
also alle für die Hälfte!
KAUFHAUS KUNKEL

Stadtmagistrat
Esfleth, d. 2. November 1931
Zwangsverkauf
Donnerstag, d. 5. d. M.,
16 Uhr, sollen im „Zivoli“
öffentlich meistbietend gegen
Barzahlung verkauft werden:

2 Wanduhren
1 Grammophon
2 Kommoden
1 Sofa
1 Spiegel
2 Küchenschränke
2 Tische
1 Stuhntisch
1 Flurgarderobe
1 Küchenuhr
1 Sofatisch
1 Vorkasten
1 Glaschrank
1 Topfschrank

BIRNEN
zu verkaufen
A. Hays, Oberrege
Lasse diese Woche eine
prima fette Quene

aushauen, Pfd. 60-70 ¢.
Freitag ab 2 Uhr bei Gastwirt Brage, Neuenfelde.
Sonnabend Steinstraße 37.
Bitte um vorherige Bestellungen bei Kruse.
Hibbeler
Briefumschläge
mit firmenaufdruck
fertig an
L. Firk, Buchdruckerei

Empfehle an Räuhermann
Büchlinge
Makrelen
Lachsgeringe
Goldbarsch
echte Kieler Sprotten
Räucheräale
(kleine, Pfund 1.70 RM)
Fr. Wamberger, Fernruf 11

Zwangsversteigerung
Am Freitag, d. 6. November,
nachm. 3 Uhr, gelangen im
August Gasthause:
1 Büfett
1 Kredenz
1 Standuhr
1 Ausziehtisch
12 Stühle mit grünem
Bezug
1 Schreibisch
1 Teppich mit 3 Läufer
1 geschmückte Truhe
1 Goldschrank
2 Bettstellen mit Bett
1 Spiegelschrank
1 Wandschiff mit
Marmor
1 silberne Schale mit
Kristalleinsatz
1 Wanduhr
1 Verlo
1 Teppich
3 Wandbilder
1 Heuwender
2 fette Schweine
10 Ferkel
1 schwarzbunt. Kuhkalb
und 10 Hühner
gegen Barzahlung zur Versteigerung.
Esfleth, den 4. Novbr. 1931
Wilkens,
Obergerichtsvollzieher.